



Bauern unter Druck – Supermarktketten diktieren Preise

Bericht: Tim Schulz, Christian Werner

Reporter: Sparwochenende. Super-Freitag, Super-Samstag, super-günstig. Hier eiskalt reduziert bei Kaufland. Salatköpfe nur noch 55 Cent.

Unsere Recherche beginnt mit den Werbebroschüren der großen Lebensmittelanbieter, die sich fast täglich mit Preisnachlässen und Sonderangeboten überschlagen. Doch wer zahlt die Zeche für den Preiskampf in den Ladenregalen?

Wir kontaktieren Bauern und Lebensmittelproduzenten. Als erstes fahren wir nach Prosigk, ins südliche Sachsen-Anhalt. Dort treffen wir einen Landwirt, der vor drei Jahren aus dem Geschäft mit dem Einzelhandel ausgestiegen ist. Olaf Feuerborn, Gemüsebauer und Präsident des Bauernverbandes Sachsen-Anhalt, belieferte über ein Jahrzehnt alle namhaften Supermarktketten. Die würden die Bauern mit fragwürdigen Vertragsbedingungen finanziell ausbluten lassen, erzählt er uns.

Olaf Feuerborn Gemüsebauer und Präsident Bauernverband Sachsen-Anhalt

Die Problematik ist zum einen dieses Finanzgebaren. Wenn ich heute Waren liefere, dass ich erst in drei Monaten mein Geld kriege. Das trifft uns heute ganz enorm, weil wir die Margen einfach nicht mehr haben, um es vorfinanzieren zu können. Dann wird an der Qualität rumgemosert und dann wird die Ware reklamiert, kommt zurück und das sind finanzielle Einbußen. Das kann dann, wenn eine ganze Wagenlieferung zurückkommt, auch bis zu 20.000 Euro Produktverlust sein.“

Olaf Feuerborn vermarktet seine Salate, Radieschen oder Eier heute selbst. An Rewe, Aldi und Co. liefert er nicht mehr. Wer das mache, müsse sich dem Diktat der Supermarktketten beugen.

Olaf Feuerborn Gemüsebauer und Präsident Bauernverband Sachsen-Anhalt

Wir haben heute keine Partnerschaft mit dem Lebensmitteleinzelhandel auf Augenhöhe. Der Lebensmitteleinzelhandel ist so riesig, so mächtig. Wir haben heute nur noch vier große Lebensmitteleinzelhandelskonzerne, die eigentlich den Preis bestimmen. Wenn ich als Landwirt in der Preisverhandlungen nicht zustimme, dann werde ich meine Ware nicht los, dann muss ich entsprechend mir einen anderen Kunden suchen. Den habe ich aber nicht so schnell, weil die haben ihre eigenen Lieferanten, wo sie dann einkaufen werden.



Wir sprechen mit Betrieben aus der Branche, wie etwa Teigwarenproduzenten, Babynahrungsherstellern oder Molkereien. Alle beklagen unfaire Praktiken der großen Ketten. Doch zitiert werden möchte niemand. Von einem Interview vor laufender Kamera ganz zu schweigen.

CW: Wir haben jetzt bestimmt so sieben, acht, neun Leute angerufen, mindestens. Wer will davon reden? Niemand?

Tim: Bestimmt 20 verschiedene Verbände. Lebensmittelwirtschaft, Landwirtschaft...

CW: Und keiner will reden

Tim: Niemand.

CW: Aber alle bestätigen die Praktiken oder?

Tim: Ja, die Praktiken sind die Regel, nicht die Ausnahme.

Hinter vorgehaltener Hand schildern uns Unternehmen und Verbände die Methoden der Einzelhandelsketten: Allein um ins Sortiment aufgenommen zu werden, müssten die Hersteller pro Produkt bis zu 5.000 Euro an die Märkte zahlen. Eine Platzierung auf Augenhöhe könne fünfstellige „Regalmieten“ nach sich ziehen. Beteiligung an Werbekosten werde de facto vorausgesetzt.

Wir fahren nach Berlin, zum deutschen Sitz von Oxfam. Die Nichtregierungsorganisation nahm die Handelspraktiken unter die Lupe. Zuständig dafür Marita Wiggerthale, die im Bundestag als Expertin zum Thema angehört wurde.

Marita Wiggerthale, Oxfam

Oxfam hat viel mit vielen Lieferanten und Landwirten gesprochen, mit welchen unfairen Handelspraktiken sie konfrontiert sind. Und zu den Handelspraktiken gehörte unter anderem, dass die Zahlungen sehr spät erfolgen, dass kurzfristig Bestellungen storniert werden, dass sie für die Renovierung einer Filiale zur Kasse gebeten werden oder Abschläge zahlen müssen, wenn die Erträge der Supermarktketten hinter ihren Erwartungen zurückbleiben.

Die Edeka Gruppe, zu der unter anderem Netto gehört, Aldi, REWE und die Schwarzgruppe mit Lidl und Kaufland beherrschen rund 85 Prozent des Lebensmittelmarktes in Deutschland. Auf unsere Anfragen hin bestreiten die Konzerne, die geschilderten Geschäftspraktiken zu dulden oder überhaupt zu kennen. Solche anonymen und pauschalen Vorwürfe könne man nicht nachvollziehen, heißt es unter anderem.



Uns gelingt es nach vielen weiteren Telefonaten schließlich doch noch, einen Unternehmer für ein Interview zu gewinnen. Allerdings will er unerkannt bleiben. Zu groß sei das Risiko, aus dem Sortiment gestrichen zu werden, sagt er. Wir stellen die Szene nach. Er produziert mit seiner Firma Lebensmittel und beliefert alle großen Supermarktketten.

Wir können mit dem Geschäft gerade noch unsere Fixkosten decken, machen aber kaum Umsatz. Langfristig ist das der Tod. Ich weiß nicht, wie ich Lohnerhöhungen für meine Mitarbeiter finanzieren soll. Die einzige Option ist: Du musst schneller wachsen als die Kosten steigen. Das ist ein totales Hamsterrad. Und je länger wir dabei sind, desto schwieriger wird es.

Landwirte und Unternehmen stünden den großen vier Supermarktketten nahezu machtlos gegenüber. Anfang Mai beschloss der Bundestag das „Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetz“. Für Marita Wiggerthale von Oxfam geht das neue Gesetz nicht weit genug. Sie hat kaum Hoffnung, dass sich etwas substantiell ändert.

Marita Wiggerthale, Oxfam

Es bleiben aber so viele Schlupflöcher und für die Supermarktketten ist ein leichtes, die bestehenden Verbote zu umgehen, so dass sich für die Lieferanten am Ende nichts ändern wird und das neue Gesetz Edeka, Rewe, Lidl und Aldi kaum Schranken setzt.

Oxfam veröffentlichte Anfang des Jahres eine Liste mit über 100 umstrittenen Handelspraktiken und empfahl dem Bundestag eine sogenannte Generalklausel einzuführen, die derartige Vertragsabschlüsse unterbinden soll. Das ist nicht geschehen. Das Gesetz untersagt nur wenige fragwürdige Methoden - etwa kurzfristige Stornierungen von Lieferungen. Auf unsere Anfrage heißt es vom zuständigen Bundeslandwirtschaftsministerium zur Begründung:

Zitat: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Eine Generalklausel als Tatbestand gegen unlautere Handelspraktiken hätte den Nachteil, dass sie aufgrund ihrer Unbestimmtheit erst durch eine teils langjährige Rechtsprechung hinreichend konkretisiert werden, bis sich ein weitreichender Schutz für die Betroffenen feststellen lässt.

Die Opposition im Bundestag sieht das neue Gesetz kritisch. Für die Linke etwa geht es am Kern des Problems vorbei. Denn der bestehe in der Marktmacht der großen Konzerne. Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Linken, fordert die Vormachtstellung der großen Vier einzudämmen.



Kirsten Tackmann, MdB Linke, Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion der Linken

Das strukturelle Problem ist doch, dass wir haben drei oder vier Konzerne, die sozusagen alles bestimmen, die die Regeln bestimmen, die die Marktmacht haben, sich gegen die kleineren durchzusetzen, ihre Interessen durchzusetzen. Und deswegen muss man eigentlich an dieses strukturelle Problem ran. Und dass wir tatsächlich auch darüber nachdenken müssen, ob man nicht hier eine Entflechtung hinkriegen muss, damit man noch überhaupt politisch agieren kann, weil wir sind erpressbar. Wir sind erpressbar durch Lebensmittelkonzerne.

Zurück in Prosigk, im südlichen Sachsen-Anhalt. Auch Olaf Feuerborn ist eher skeptisch, ob das Gesetz an der Lage etwas ändert.

Olaf Feuerborn Gemüsebauer und Präsident Bauernverband Sachsen-Anhalt

Man kann so etwas schlecht als politische Lösung hinbringen. Da können wir zwar versuchen, auf dem gesetzlichen Wege Regelungen zu treffen, aber letztendlich muss das Miteinander zwischen Lebensmitteleinzelhandel und Lieferanten passen. Ansonsten wird es nicht funktionieren.

Olaf Feuerborn, seit Sonntag frisch gewählter CDU-Abgeordneter in Magdeburg, kann jetzt versuchen politisch Einfluss zu nehmen. Klar ist aber auch: Solange die Verbraucher bei Lebensmitteln vor allem auf den Preis schauen, wird sich wenig ändern.